

Fakten zur Europäischen Dimension von Flucht und Asyl: Ukraine

Stand: Januar 2016

ÜBERBLICK

Bevölkerungsstruktur

Population	45,4 Mio.
Wachstumsrate	-2,8% ²
Ethnische Gruppen	78% Ukrainer, 17% Russen, 0,5 % Krimtataren, insg. über 130 Nationalitäten
Sprachen	68% Ukrainisch, 30% Russisch + 17 weitere Minderheitensprachen
Religion	52% Orthodoxe, 9% griechisch-katholisch, 4% Muslime, 3% Protestanten, 2% römisch-katholisch, Minderheiten von Juden
Medianalter (EU-28)	40,1 Jahre (42,2 Jahre)

(Zahlen aus 2015 außer ¹ 2014, ² 2013; *exkl. Krim und Sewastopol; Pfeile: Trend ggü. Vorjahr)

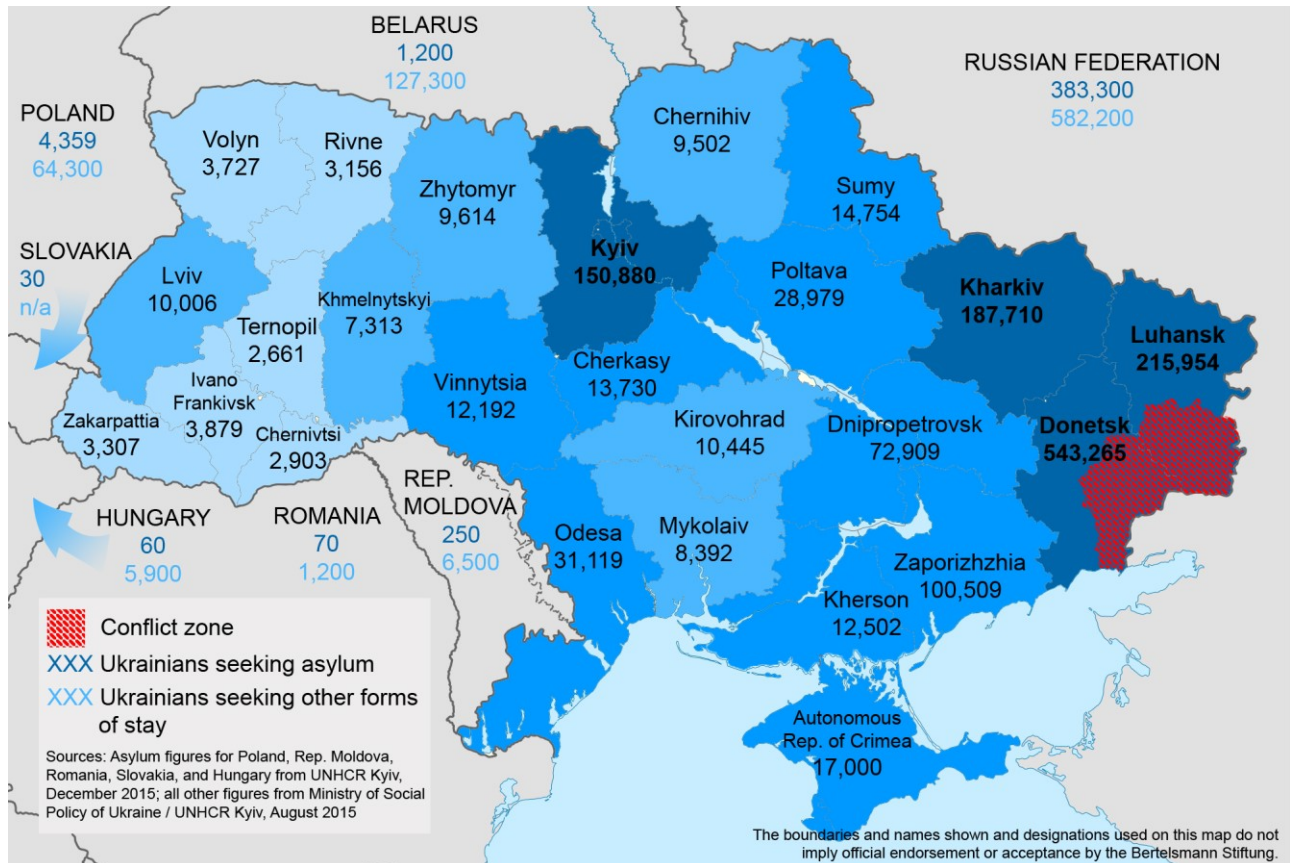
Wirtschaft & Beschäftigung

BIP (pro Kopf)	\$90,1 Mrd. (\$2.108,9)	↓
BIP Wachstumsrate	-9,0 %	↘
BNE (KKP) (pro Kopf)	\$366,2 Mrd. (\$8.560) ¹	↘(↗)
Inflationsrate (VPI)	49,9 %*	↑
Arbeitslosenquote	9,3 % ¹	↗
Jugendarbeitslosenquote (15-24 Jahre)	16,9 % ¹	↗
FDI (Zuflüsse)	\$847,0 Mio. ¹	↓
Anteil EU-28	57,3 % ²	↗
Güterimporte	\$54,4 Mrd.* ¹	↓
Anteil EU-28	38,7 % ¹	↗
Güterexporte	\$53,9 Mrd.* ¹	↓
Anteil EU-28	31,6 % ¹	↗

Politisches System & Verhältnis zur EU

Staats-/Regierungsform	Republik/semipräsidentielles System
Demokratisierungsgrad	Bertelsmann Stiftung, Transformationsindex 2016 Demokratiestatus: 6.75 (von 10, höher = besser), defekte Demokratie Rang: 38/129; vergleichbar mit Paraguay, Georgien und Moldawien
Menschenrechte und Minderheitenschutz	UN OHCHR, Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine 2015 <ul style="list-style-type: none"> Fälle von Folter, Misshandlung und willkürlichen Festnahmen in allen Landesteilen; Fälle von Zwangsarbeit in den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk Eingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit (Krim), keine Meinungs- und Pressefreiheit (Donezk/Luhansk), unrechtmäßige Einreiseverbote für ausländische Journalisten (Gebiete unter Regierungskontrolle) Erheblich eingeschränkte Versammlungsfreiheit in Donezk und Luhansk Verletzung der Religionsfreiheit ggü. christlichen Minderheiten (Donezk und Luhansk) und jüdischen Minderheiten (Gebiete unter Regierungskontrolle)
Korruption	Transparency International, Corruption Perceptions Index 2014 Rang: 142/175, vergleichbar mit Uganda und Bangladesch
Pressefreiheit	Freedom House, Freedom of the Press Index 2015 Status: teilweise frei Punktzahl: 58 (von 100, niedriger = besser), vergleichbar mit Mazedonien und der Republik Kongo
Verhältnis zur Europäischen Union	Status: assoziierter Drittstaat, priorisiertes Partnerland im Rahmen der bilateralen Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und der stärker multilateralen Eastern Partnership (EaP) Bisherige Integrationsschritte: Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (1994), Assoziierungsabkommen (2014) inkl. DCFTA (Implementierung Januar 2016) und Visafreiheit (voraussichtliche Implementierung Frühjahr 2016)

UKRAINISCHE BINNENFLÜCHTLINGE UND MIGRANTEN IN DEN NACHBARLÄNDERN



Quelle: Bertelsmann Stiftung auf Basis der Karte von NordNordWest / Wikimedia Commons – CC BY-SA 3.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

LAGE DER FLÜCHTLINGE IN DER UKRAINE

Kategorisierung	Herkunfts- und Zielland
Anzahl der Flüchtlinge in der Ukraine	1,8 Mio. Binnenflüchtlinge (auch „Internally Displaced Persons“, IDPs) zählte die UN-Flüchtlingshilfe (UNHCR) im Jan. 2016. Mindestens 800.000 Binnenflüchtlinge halten sich laut UNHCR allein in den Gebieten unter Regierungskontrolle auf. Hinzu kommen: <ul style="list-style-type: none"> eine hohe Dunkelziffer nicht-registrierter Binnenflüchtlinge rund 600.000 Menschen in IDP-ähnlichen Situationen 7.100 Flüchtlinge und Asylbewerber aus Drittstaaten
Anzahl der Flüchtlinge außerhalb der Ukraine	1,1 Mio. nach Angaben des UNHCR. Die drei größten Aufnahmeländer sind: <ul style="list-style-type: none"> Russland mit 858.000 (umstritten) (~78%) Belarus mit 127.000 (umstritten) (~11,5%) Deutschland mit 6.540 (<1%)
Unterbringung der Binnenflüchtlinge	Nach Angaben des UNHCR kommt die langfristige Unterbringung von IDPs nur schleppend voran. Eine Mehrheit wohnt privat bei Familien und freiwilligen Helfern oder mietet sich billige, zumeist heruntergekommene Unterkünfte. Staatliche Lager sind überwiegend auf die kurzfristige Unterbringung ausgelegt. Wer zu lange bleibt, droht aus ihnen vertrieben zu werden.
Status der Binnenflüchtlinge	Registrierte Binnenflüchtlinge erhalten Zugang zu staatlichen Unterstützungsleistungen. Der Registrierungsprozess bringt allerdings schwierige Hürden mit sich (siehe unten).
Finanzierung	\$41 Mio. veranschlagte die UN-Flüchtlingshilfe (UNHCR) für ihre Aktivitäten in der Ukraine im Jahr 2015. Rund 61% der Gelder wurden bis Dezember desselben Jahres durch die Gebergemeinschaft bereitgestellt.

Schon in den Jahren vor den sogenannten EuroMaidan-Protesten führten Unzufriedenheit mit der politischen Situation, dem hohen Ausmaß an Korruption und der allgemein niedrigen Lebensqualität in der Ukraine zu Migrationsbewegungen erheblicher Bevölkerungsanteile. Geschätzte 2 bis 7 Mio. Ukrainer (diese enorme Spanne kommt durch Unterschiede in der Begriffsdefinition, Quelle, Jahr und Jahreszeit zustande) leben zumeist in Russland und der Europäischen Union, und mit 5 bis 6 Mio. Ukrainern weltweit verfügt das Land über eine der größten Diasporen weltweit, nicht zuletzt (wenngleich nicht nur) wegen dieses Trends zur Auswanderung.

Ostukrainer, Russisch-sprachige und Ukrainer mit niedrigerem Ausbildungsstand bewegen sich eher nach Russland, während Westukrainer und Ukrainer mit besserer Ausbildung typischerweise westwärts ziehen, in die EU oder vereinzelt bis in die USA. Infolge von demographischem Wandel und Migration sinkt seit 1991 die Bevölkerungszahl von 52 Mio. kontinuierlich.

Die Wahl Petro Poroschenkos zum Präsidenten mit einer pro-europäischen Reformagenda, die Krim-Annexion durch Russland und der Ausbruch des Konflikts im Osten der Ukraine hatten positive wie negative Folgen: Eine Welle des Patriotismus und des Erstarkens einer ukrainischen Identität nährte die Hoffnung auf ein Gelingen der Reformen, die Eindämmung der Emigrationsbewegung und des damit verbundenen „brain drain“.

Gleichzeitig fielen dem Krieg im Osten und der Notwendigkeit der Verteidigung des Landes die Reformbemühungen der neuen Regierung zum Opfer. Politischer und institutioneller Wandel wurde ausgebremst, die Hoffnung der Menschen auf schnelle Verbesserungen schwand. Ein Ende der Korruption, die ein Hauptauslöser des EuroMaidan war, ist trotz der neuen, demokratisch gewählten Regierung nicht in Sicht, dies umso mehr, als Bemühungen um eine konsequente De-Oligarchisierung im ganzen Land nur in Ansätzen sichtbar sind. Hinzu kommen die negativen Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaft. Millionen von Menschen wurden in die Armut gedrängt.

Wenn auch die Freude über die Errungenschaften des EuroMaidan noch immer überwiegt, ist der Optimismus der Bevölkerung im Hinblick auf die weitere Demokratisierung und ein Ende der

Korruption geschwunden. Die Rede ist von einer zweiten sozialen Revolution, andere sprechen (wieder) vom Auswandern.

Somit beeinflussen EuroMaidan, Krieg und Wirtschaftskrise die wesentlichen ukrainischen Migrationsströme: (1) erzwungene Migration von Flüchtlingen und Binnenflüchtlingen (IDPs) durch den Krieg in Donezk und Luhansk und die Krim-Annexion; (2) Flucht vor Einziehung in die Armee und (3) Arbeitsmarkt- und/oder Bildungsmigration.

Binnenflüchtlinge

Nach der russischen Annexion der Krim flohen viele ethnische Ukrainer und die muslimische Minderheit der Krimtataren von der Krim. Insgesamt verließen geschätzte 50.000-60.000 Menschen die Halbinsel, weitere 17.000 Krim-Bewohner suchten sich innerhalb der Krim eine neue Heimat. Gerade die Krimtataren flohen infolge erlebter Repressalien, Einschränkung ihrer Versammlungsfreiheit, tatsächlicher Verfolgung und Verschleppung, bewaffneter Durchsuchung ihrer Privatwohnungen und Moscheen. Viele von ihnen haben nicht vor, in ihre Heimat zurückzukehren, solange sie unter russischer Kontrolle ist. Mit einer baldigen, einvernehmlichen Lösung dieser Frage ist nicht zu rechnen.

Weiterhin sind Hunderttausende von Menschen aus den umkämpften Provinzen in Donezk und Luhansk geflohen. Trotz des August 2015 in Minsk vereinbarten Waffenstillstands verzeichnete die OSZE-Beobachtermission seit November 2015 ein erneutes Aufflammen der Kampfhandlungen. Besonders betroffen ist die Stadt Donezk.

Die seit Januar 2015 erheblich eingeschränkte Bewegungsfreiheit entlang der Kontaktlinie ist laut UN OHCHR weiterhin eines der größten Probleme für die Einwohner der umkämpften Gebiete. Insgesamt sind in den Regionen Donezk und Luhansk nur fünf Korridore geöffnet, durch die Menschen in Gebiete unter Regierungskontrolle gelangen können. Die Möglichkeiten sich zu versorgen, medizinisch behandeln zu lassen, staatliche Unterstützungsleistungen zu beantragen und voneinander getrennte Familien wieder zusammenzuführen sind somit stark limitiert. Erschwert wird die Lage der Menschen zusätzlich durch die Verminung der Gebiete entlang der Kontaktlinie und den ukrainischen Winter.

Flucht vor dem Militärdienst

Mit der Eskalation im Osten verabschiedete die ukrainische Regierung einen allgemeinen Einziehungsbefehl für Männer von 20 bis 27 Jahren. Offenbar nutzen viele junge Männer seither unterschiedliche Möglichkeiten im Ausland, dem Einziehungsbefehl aus dem Weg zu gehen, ob durch Arbeitsverträge, Studium, Aus- und Weiterbildungsprogramme, Praktika etc. Eltern schicken ihre Söhne aus der Gefahrenzone ins Ausland. Wieder andere vermeiden die Einziehung, indem sie sich bspw. nicht am neuen Wohnort registrieren lassen. 2014, während der Teilmobilisierung in 13 Regionen, meldeten sich 85.792 von denen, die einberufen wurden, nicht bei ihrer Einberufungsbehörde. Knapp 10.000 verweigerten nach offiziellen Angaben der ukrainischen Armee illegal den Kriegsdienst.

Arbeitsmarkt- und Bildungsmigration

Auch ukrainische Arbeitsmigranten haben die Wirtschaftskrise in der EU zu spüren bekommen. Bis 2014 stellten die Ukrainer unter den Nicht-EU-Bürgern in der EU die fünftgrößte Gruppe. Gleich nach den Russen und Chinesen stehen Ukrainer an dritter Stelle, was die Häufigkeit der Erteilung von Schengen-Visa angeht. Dennoch erhielten sie in den letzten Jahren deutlich weniger Visa als noch 2013. Die Gründe dafür: Geringere private Kaufkraft führt einerseits zu weniger Tourismus in die EU. Andererseits ist infolge der Eurokrise auch die Nachfrage nach ukrainischer (und anderer) Arbeitskraft in einigen EU-Mitgliedstaaten gesunken.

Demgegenüber führen Krieg und ukrainische Wirtschaftskrise zu einem scharfen Anstieg der Zahl von Arbeitskräften, die im Ausland arbeiten möchten. Die meisten Erstanträge auf EU-Aufenthaltsgenehmigung beinhalten in der Tat Arbeitserlaubnisse.

Die bei Ukrainern „beliebtesten“ Länder sind – nach Reihenfolge der Visaanträge für Kurzzeitaufenthalte (Typ C) 2014 – Polen, Griechenland, Ungarn und Deutschland, aber auch die Schweiz, Spanien und Portugal verzeichneten größeren Andrang.

Natürlich ist angesichts der Lage in ihrem Heimatland nicht auszuschließen, dass von den

1,5 Mio. Ukrainern mit Schengen-C-Visa ein beträchtlicher Anteil auf legalem oder vor allem auch illegalem Wege Arbeitsverhältnisse in der EU eingeht.

Auch Studenten kehrten seit Kriegsausbruch der Ukraine in höherem Maße den Rücken. Rund 33.000 Ukrainer hielten sich 2014 zu Studien- und Ausbildungszwecken in der EU auf (Typ D-Visa) und allein in den ersten Monaten des Jahres 2015 stieg der Anteil der Ukrainer, die zum Studieren nach Polen gegangen sind, um 50% auf 23.000 Studenten. Die Gründe gerade für das Studium in Polen, wo die Ukrainer mehr als die Hälfte der ausländischen Studierenden ausmachen, liegen aber nicht nur in der Kriegssituation: der Zugang zu Visa für ein Studium in Polen ist relativ einfach, die Studiengebühren sind ähnlich (niedrig) wie in der Ukraine, hinzu kommen Rabatte für ukrainische Studenten. Polnische Abschlüsse haben ebenso wie die Studienqualität einen höheren Stellenwert – und es gibt weniger Korruption.

Und schließlich nahmen Ukrainer auch die Möglichkeit wahr, fremde Staatsbürgerschaften anzunehmen (100.000 Ukrainer nahmen bspw. aufgrund ethnischer Zugehörigkeit die ungarische Staatsbürgerschaft an).

BEWERTUNG UND PROGNOSE

Registrierung mit Hindernissen

In Anbetracht der angespannten Sicherheits- und Versorgungslage in den umkämpften Oblasten Donezk und Luhansk ist damit zu rechnen, dass die Zahl der (Binnen-)Flüchtlinge weiter ansteigt. Eine Verbesserung der Situation ist angesichts der weiterhin ausstehenden vollständigen Implementierung des Minsk-Abkommens vorerst nicht zu erwarten. Allein 2015 hat sich die Zahl der Flüchtlinge mehr als verdoppelt, sodass nun eine deutliche Mehrheit der Menschen aus dem Donbas als IDP registriert ist, das Land verlassen hat oder in einem Flucht-ähnlichen Zustand lebt. Von den rund 4,4 Mio. Einwohnern der Regionen Donezk und Luhansk gelten nach den Maßstäben des UNHCR rund 2,8 Mio. Menschen als schutzbedürftig. Diese Zahlen sind nicht unumstritten. Denn einerseits wurden viele Binnenflüchtlinge – insbesondere zu Beginn des Konflikts – doppelt erfasst. Andererseits geht die UN-Flüchtlingshilfe aber auch von einer hohen

Dunkelziffer an nicht-registrierten (Binnen-) Flüchtlingen aus.

Im Dezember 2014 stellte die ukrainische Zentralregierung die Zahlung aller Renten und sozialstaatlichen Leistungen für die Einwohner der Gebiete, die nicht unter Regierungskontrolle stehen, ein. Wer staatliche Unterstützung beantragen will, muss sich seitdem in einem Registrierungszentrum außerhalb des Donbas als Binnenflüchtling melden. Doch das ist mit einigen Hürden verbunden.

Zunächst muss an einem der wenigen und chronisch überfüllten Checkpoints die Kontaktlinie überquert werden. Hierzu sind eine behördliche Erlaubnis und ein Ausweisdokument erforderlich. Wer – wie viele Roma – keinen Pass besitzt, in einem schlechten Gesundheitszustand ist, Angst vor Plünderern hat oder glaubt, zurückgebliebene Verwandte könnten als Verräter behandelt werden, scheitert bereits an diesem Hindernis.

In den Registrierungszentren selbst müssen Antragssteller über ein gültiges Ausweisdokument nachweisen, dass ihr ursprünglicher Wohnsitz in einer der staatlich anerkannten Konfliktregionen liegt. Die Liste der Regierung hinkt den sicherheitspolitischen Realitäten allerdings häufig hinterher. Auch haben sich viele Ukrainer nie ihren aktuellen Wohnsitz in den Pass eintragen lassen.

Ein neues Gesetz (Nr. 2166), das Anfang Januar 2016 durch Präsident Poroschenko unterzeichnet wurde, hat die Rechte und Freiheiten von IDPs gestärkt. Minderjährige können nun auch durch andere Personen bzw. Entitäten als ihre Erziehungsberechtigten registriert werden. Zuvor waren es vor allem Studenten, deren Universitäten in Gebiete unter Regierungskontrolle umgezogen waren, deren Eltern aber an ihrem ursprünglichen Wohnort blieben, die sich nicht als Binnenflüchtling melden konnten. Auch die Pflicht, als registrierter IDP den „State Migration Service“ über eventuelle Adressänderungen auf dem Laufenden zu halten, ist entfallen. Zu guter Letzt können sich nun auch Ausländer und Staatenlose als Binnenflüchtling melden.

Inner-ukrainische Solidarität

IDPs gibt es derzeit überall in der Ukraine. Flüchtlinge von der Krim sind mehrheitlich in die

westlichen Provinzen gezogen; Flüchtlinge aus der Ostukraine sind zu großen Teilen zumindest in der Region geblieben. Mehr als die Hälfte aller IDPs sind im Osten registriert. Staatliche Hilfen sind in diesen Gebieten begrenzt. Die meisten sind bei Familien und Freunden untergekommen. Die Solidarität der Ukrainer war zu Beginn enorm hoch, aber mancherorts erwachen Ressentiments, vor allem gegen russisch-sprachige IDPs aus den „abtrünnigen“ Ostprovinzen. Von Entwicklung und Ausgang des russisch-ukrainischen Konflikts wird es abhängen, ob die Menschen dort ein neues Leben aufbauen und integriert werden, wohin ihre Flucht sie verschlagen hat, ob sie in ihre Heimat zurückkehren oder das Land verlassen werden.

Fluchtpunkte Russland und die EU

Infolge des Konflikts sind viele Ukrainer ins Ausland geflohen, die meisten nach Russland, viele in die EU. Gerade die hohen Zahlen derer, die nach Russland und Belarus geflohen sind, werden politisch instrumentalisiert, sind nur bedingt prüfbar und daher unzuverlässig. Die russische Regierung ist daran interessiert, der ukrainischen Regierung die Schuld für den Konflikt zuzuweisen, und nennt dementsprechend hohe Zahlen, während viele Ukrainer, die unregelmäßig über Jahre hinweg der Arbeit wegen nach Russland gezogen sind, die Gunst der Stunde möglicherweise nutzen und sich zum Flüchtling erklären, um ihre Position zu legalisieren.

2014 beantragten 14.040 Ukrainer Asyl in der EU, 13mal mehr als im Jahr davor. Deutschland als Zielland liegt an der Spitze, gefolgt von Polen, Italien, Frankreich und Schweden. 2014 wurden allerdings nur etwa 22% dieser Asylanträge genehmigt.

Reformfortschritte

Die lang erwarteten Kommunalwahlen im Oktober 2015 waren zwar ein großer Schritt in Richtung Demokratisierung und gaben Poroschenko und der Regierungskoalition einen Schub, konnten aber an der Machtverteilung in der Ukraine nicht viel ändern. Im Gegenteil: Sie machten deutlich, dass in einigen Regionen die Macht der Oligarchen, in anderen der Einfluss der Partei der Regionen des

ehemaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch ungebrochen ist.

Die Wirtschaftslage verbessert sich langsam. Die Regierung verabschiedete einige Liberalisierungsmaßnahmen, setzte, wenn auch geringfügige, Reformen des Rechtswesens und Anti-Korruptionsmaßnahmen um. Sorgen bereiten aber die zunehmenden Verletzungen des Waffenstillstands im Donbas. Die Entwicklung des Konflikts wird auch darüber entscheiden, ob Dezentralisierungsversuche Fortschritte machen oder in ihren Ansätzen erstickt werden.

Visa-Liberalisierung als Lösung?

Mit Zunahme der Kämpfe in der Ostukraine und den schleppenden Reformfortschritten sinkt die Hoffnung der Menschen auf Veränderung. Abwanderung ins Ausland nimmt wieder zu, wenn auch noch nicht dramatisch.

Der Krieg und die Sanktionen des Westens gegenüber Russland haben auch in diesem Land, das traditionell mehr als die Hälfte der ukrainischen Arbeitsmigranten bevorzugten, zu einer Wirtschaftskrise geführt. Die im Ergebnis sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften geht einher mit einer starken Rubelabwertung, so dass Arbeitsmigration nach Russland nicht mehr die erste Wahl ist. Hinzu kommt, dass die Krim-Annexion, Russlands Anteil am Krieg im Osten und seine anti-ukrainische Propaganda das Land zum immer weniger attraktiven Zielland machen. Die Ukrainer suchen zunehmend im Westen nach Alternativen.

Von der EU wird abhängen, inwieweit diese Migration steuerbar wird oder nicht. Ende 2015 verkündete die EU-Kommission, dass für die Ukraine ab Mitte 2016 Visafreiheit für Reisen in die EU gelte. Eine Arbeitserlaubnis ist damit ausdrücklich nicht verbunden. Dennoch könnte die Aussicht auf visafreien Zugang zur EU, gepaart mit weiteren Reformen im Land und vor allem ernst zu nehmenden Anti-Korruptionsmaßnahmen, das Blatt wohl zugunsten des Verbleibs vieler Ukrainer in ihrer Heimat wenden.

ANSPRECHPARTNER

Gabriele Schöler

gabriele.schoeler@bertelsmann-stiftung.de

Tel.: ++49 – 5241 81 81 205

Tim Lewis Poppenborg

tim.lewis.poppenborg@bertelsmann-stiftung.de

Tel.: ++49 – 5241 81 81 143

LITERATUR UND QUELLEN

- Bertelsmann Transformationsindex (BTI), Ukraine (2016)
- CIA World Factbook, Ukraine (2015)
- Düvell, F., Lapshyna, I., The EuroMaidan Protests, Corruption, and War in Ukraine: Migration Trends and Ambitions, Migration Policy Institute, Washington D.C. (Juli 2015)
- EEAS, „Fact Sheet EU-Ukraine relations“ (Dezember 2015)
- Fischer Weltalmanach, Ukraine (2015)
- Freedom House, Freedom of the Press Index (2015)
- IDMC, Briefing Paper: Displacement figures in Ukraine fail to reflect complex reality (September 2015)
- IWF, World Economic Outlook Database (Oktober 2015)
- OSZE SSM Ukraine, Status Report (November u. Dezember 2015)
- Statistiken der Weltbank (2015)
- Statistiken der UNESCO (2015)
- Statistiken des State Statistics Service der Ukraine (2014)
- Statistiken von CEDOS (Mai 2015)
- Statistiken von Eurostat (2014)
- Transparency International, Corruption Perceptions Index (CPI) (2014)
- UN OHCHR, Report on the human rights situation in Ukraine: 16 August to 15 November 2015 (November 2015)
- UNHCR, 2016 Planning summary (Januar 2016)
- UNHCR, Ukraine Situation: UNHCR Operational Update (November-Dezember 2015)